

Jochen Franzke

Netzwerke für Demokratie statt Achsen mit Autokraten

Für einen Neuansatz deutscher Ostpolitik

Die deutsche Ostpolitik¹ am Beginn des 21. Jahrhunderts ist geprägt vom veränderten Selbstverständnis der Zentralmacht in der Mitte Europas. Seit der Wende 1989 und der Vereinigung 1990 hat sich Deutschland mehr und mehr vom bisherigen außenpolitischen Koordinatensystem der Bundesrepublik gelöst. Vielfältige internationale Entwicklungen haben dazu beigetragen.

Die rot-grüne Außenpolitik zwischen 1998 und 2005 beschleunigte diesen Prozess. Die Regierung Schröder/Fischer war bestrebt, Deutschland – möglichst im europäischen Verbund, mindestens aber gemeinsam mit Frankreich – „auf leisen Sohlen zur Weltmacht“ (von Bredow) werden zu lassen. Dafür steht symbolisch der vom Kanzler selbst energisch vorgetragene Anspruch Deutschlands, ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates mit allen Rechten zu werden.

Eine rot-grüne außenpolitische Strategie entwickelte sich allerdings nicht. Vielmehr hat es seit 1998 mehrere abrupte Wendungen in der auswärtigen Politik gegeben. Der von Kanzler Schröder im Wahljahr 2002 proklamierte „deutsche Weg“ erwies sich als ebenso wenig geeignet wie der von ihm zeitweilig instrumentalisierte Anti-Amerikanismus. Vielleicht lag es einfach nur daran, dass sich im Fahrwasser Frankreichs eine eigene außenpolitische Strategie nicht recht entwickeln ließ.

Die Veränderungen im internationalen Koordinatensystem Berlins sind auch eine Reaktion auf die Re-Nationalisierung der Außenpolitik in der EU oder, anders ausgedrückt, auf die begrenzte Wirksamkeit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland reagiert damit zugleich auf den zunehmenden

* Dr. habil. Jochen Franzke, geb. 1954, Politikwissenschaftler, Hochschuldozent an der Universität Potsdam. E-Mail: franzke@uni-potsdam.de

¹ In diesen Thesen wird unter deutscher Ostpolitik die Gesamtstrategie gegenüber diesem Raum gefasst, welche auf einer zweiten Ebene die Gesamtheit der Beziehungen Deutschlands zu den Staaten des erweiterten Ostmitteleuropas (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Litauen, Lettland und Estland) sowie zu den Staaten Osteuropas (Russland, Ukraine, Moldawien, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan) umfasst.

Druck anderer Staaten, sein Engagement in vielen Teilen der Welt zu verstärken. Es ist somit nicht nur Weltmeister im Export von Wirtschaftsgütern, sondern auch Exporteur von Stabilität und Sicherheit; Güter, die zunehmend nachgefragt werden. Die Verflechtung beider Prozesse ist unübersehbar.

Unter diesen Umständen rückten national definierte Interessen ins Zentrum deutscher Außenpolitik. Diese Entwicklung begann mit der Kohl/Genscher-Regierung, blieb aber hinter deren Kontinuitäts-Rhetorik und dem Multilateralismus-Paradigma verborgen. Rot/Grün, insbesondere aber Kanzler Schröder persönlich, legte diese Zurückhaltung ab und sprach offen vom „selbstbewussten Deutschland“. Dies veränderte Stil und Inhalt deutscher Außenpolitik. Dessen nationale Interessen wurden weiterhin als mit vielen „europäischen Interessen“ kompatibel angesehen; das früher oftmals praktizierte Verstecken hinter „Europa“ hatte aber ein Ende. Ein eher funktionales Verständnis der EU griff in Deutschland um sich. Im Zweifel entschied sich die Regierung Schröder/Fischer stets für innenpolitische Vorteile, auch wenn diese mit Nachteilen für die Funktionsfähigkeit der EU verbunden waren (z.B. beim Stabilitätspakt).

Deutschland und der Osten Europas

Der östlich von Deutschland gelegene europäische Raum spielt traditionell in dessen auswärtiger Politik eine gewichtige Rolle. Deutschland hat dort fundamentale politische, wirtschaftliche sowie Sicherheitsinteressen. In ihrer Gesamtheit begründen diese das Eintreten für Stabilität in Ostmittel- und Osteuropa. Von allen EU-Großmächten liegt Deutschland dieser Region am nächsten. Zusätzlich trägt es aus historischen Gründen auch eine besondere Verantwortung für deren Stabilisierung. Um diese sensibel wahrzunehmen, bedarf es guter Beziehungen zu allen Staaten der Region.

Deutsche Ostpolitik ist in viel stärkerem Maße Innenpolitik als andere Teile der auswärtigen Politik. Dies zeigt sich gegenwärtig an den gravierenden Konsequenzen des EU-Beitritts der ostmitteleuropäischen Staaten für viele Bereiche deutscher Innenpolitik (z.B. für den Arbeitsmarkt bzw. den Dienstleistungssektor). Dies gilt aber auch räumlich, denn der östliche Teil der heutigen Bundesrepublik teilte das historische Schicksal Ostmitteleuropas seit 1945. Durch ihn wurde die Bundesrepublik zum Transformationsstaat, der bis heute viele Probleme mit den mittelosteuropäischen Ländern gemeinsam hat.

Zu den Traditionen bundesdeutscher Ostpolitik gehören unterschiedliche Schwerpunktsetzungen im Denken seiner politischen Elite:

- Eine Linie fokussiert sich vor allem aus geopolitischer Motivation auf Russland („*Russia first*“). Stabilität im mittel- und osteuropäischen Raum soll durch eine möglichst enge Kooperation mit Russland erzielt werden. Interessen anderer mittel- und osteuropäischer Staaten werden meist nur durch dieses „russische Prisma“ wahrgenommen bzw. sogar als störend betrachtet. Der

Raum erscheint so überwiegend als Objekt deutsch-russischer Großmacht-politik.

- Eine zweite Linie versucht, Stabilität in Mittel- und Osteuropa durch die Entwicklung kooperativer Beziehungen zu allen dortigen Staaten zu erzielen. Die Stabilisierung des Raumes soll vor allem durch dessen Europäisierung erreicht werden. Dies schließt Russland ein, gewährt diesem aber keinen Sonderstatus.
- Eine dritte Linie, die Russland auf sich selbst zurückwerfen und aus diesem Raum so weit wie möglich verdrängen möchte, die gegenwärtig in einigen ostmitteleuropäischen Staaten auf dem Vormarsch zu sein scheint, hat in Deutschland kaum Tradition und spielt auch gegenwärtig keine Rolle. Sie entspricht unter keinen denkbaren Umständen der deutschen Staatsraison.

Die deutsche Ostpolitik muss sich heute mit dem Phänomen einer ordnungs- und sicherheitspolitischen Spaltung des Raumes auseinandersetzen, die sich in den letzten Jahren eher weiter vertieft hat. Die Staaten Ostmitteleuropas sind als konsolidierte Demokratien und sich entwickelnde Marktwirtschaften Teil der Europäischen Union und der NATO. Der Grad der Stabilität in diesem Teil Europas konnte dadurch deutlich erhöht werden. Dessen geopolitische Rekonstruktion nach der Wende 1989 kann als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden.

Anders die Entwicklung in Osteuropa. Hier entschieden sich die herrschenden Eliten – nach einigen Wirren in den 1990er Jahren – für den Weg der autoritär-etatistischen Modernisierung von Staat und Gesellschaft.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei Russland. Seit seiner Machtübernahme Ende 2000 hat Präsident Putin darauf hingearbeitet, ein autoritäres Regime zu etablieren. Der Impuls des demokratischen Aufbruches vom Anfang der 1990er Jahre ist in Moskau erloschen. Die Teilung der staatlichen Gewalten ist außer Kraft gesetzt, die Autonomie der politischen Institutionen ist weitgehend verschwunden, das Rechtssystem wird erneut vom Kreml kontrolliert, politische Prozesse sind intransparent und die Massenmedien sind erneut zu staatlich gelenkten Propagandainstrumenten geworden. Faire Wahlen finden schon lange nicht mehr statt. Unter diesen Umständen ist das in den 1990er Jahren entwickelte und im Westen weiterhin verbreitete Bild einer „gelenkten Demokratie“ eher irreführend. Eine ähnliche Entwicklung ist in vielen anderen postsowjetischen Staaten zu verzeichnen.

Den autoritären Regimen gelang es aber nicht, den osteuropäischen Raum zu stabilisieren. Sicher sind die vielfältigen Konflikte in diesem Raum nicht einfach zu lösen. Patentrezepte hat auch der Westen nicht anzubieten. Aber Russland gelang es bislang gleichfalls nicht, geeignete Instrumente zu entwickeln, um seine legitimen Interessen in diesem Raum durchzusetzen. Zu sehr setzte die russische Politik auf traditionelle Zwangsmittel statt auf lukrative Integrationsangebote zum gegenseitigen Vorteil. Unter diesen Umständen bleibt die Lösung vieler Konflikte in der Region blockiert (z.B. Tschetschenien, Transnistrien, Abchasien, Südossetien).

Seit 2004 versuchen nun einige Länder der Region, einen anderen Modernisierungsweg einzuschlagen; sie setzen auf Selbstbestimmung, Demokratisierung und Marktwirtschaft durch Europäisierung. Dies zeigt sich nach den Machtwechseln in Georgien und der Ukraine. Präsident Putin versuchte schon in deren Vorfeld, die Demokratisierung dieses Raumes zu behindern. Seine anhaltenden Versuche, sich dieser Entwicklung entgegenzusetzen, könnte den Raum weiter destabilisieren. Dies gilt vor allem für den Fall des Scheiterns der momentanen Modernisierungsbewegung. Unter diesen Umständen bleibt die künftige geopolitische Konstruktion Osteuropas weitgehend offen.

Schröders Putin-Politik

Die Beziehungen Deutschlands zu Russland intensivierten sich in den vergangenen Jahren spürbar. Diese Entwicklung begann bereits unter der Regierung Kohl/Genscher, die nach dem Abzug der russischen Truppen aus Ostdeutschland 1994 ein neues Kapitel der deutsch-russischen Beziehungen eröffnete. Die rot-grüne Regierung betrachtete Russland aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen als entscheidenden Partner in Osteuropa. Kanzler Schröder hat – vor allem nach 2002 – die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen mehr und mehr direkt an sich gezogen und persönlich geprägt.

Die deutsch-russischen bilateralen Beziehungen können heute als „entwickelte Interessenallianz“ bezeichnet werden; das öffentlich vielfach beschworene Niveau einer „strategischen Partnerschaft“ erreichen sie nicht. Für die schon genannten internationalen rot-grünen Ambitionen war eine enge Kooperation mit der russischen Führung unerlässlich, z.B. wenn es um einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat geht bzw. bei der langfristigen Lösung der energiepolitischen Probleme Deutschlands. Als einflussreicher Gegner der US-amerikanischen Weltpolitik unter Präsident Bush kam Russland ebenfalls gelegen. Unter diesen Umständen bildete sich in den letzten Jahren eine Achse Paris-Berlin- Moskau heraus.

Die deutsche Russlandpolitik ist in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer Putin-Politik mutiert. Kanzler Schröder setzte – ähnlich wie sein Vorgänger Helmut Kohl – auf direkte persönliche Beziehungen zum russischen Präsidenten. Andere Akteure russischer Politik werden kaum noch wahrgenommen. Solche engen persönlichen Kontakte können – wie die Geschichte zeigt – durchaus sinnvoll und effizient sein. Sie können aber auch zu einem Problem eigener Art werden, wenn aus persönlicher Rücksichtnahme die Dinge nicht mehr beim Namen genannt, ja sogar in ihr Gegenteil verkehrt werden. Genau dies ist in den letzten Jahren geschehen. Kanzler Schröder hat sich z.B. nicht gescheut, Präsident Putin öffentlich als „Superdemokraten“ darzustellen bzw. die russischen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien herunterzuspielen. Solche unverantwortlichen Äußerungen schädigen vor allem die wirklichen Demokraten

in Russland. Sie verbrämen die autokratischen Tendenzen in diesem Land. Zugleich unterminieren sie die deutsche Position in Ostmitteleuropa, wo das überwunden geglaubte Misstrauen gegenüber Deutschland mehr und mehr zurückkehrt.

So alternativlos die Konzentration auf den russischen Präsidenten angesichts seiner Machtfülle möglicherweise ist, so zweifelhaft bleibt, ob der weitgehende Verzicht auf eine wertorientierte Russland-Politik wirklich im deutschen Interesse liegt. Denn die damit offenbar verbundene Hoffnung Berlins, Stabilität in Osteuropa könne durch effiziente Autokratien erzielt werden, darf als gescheitert angesehen werden.

Unter diesen Bedingungen ist es kaum verwunderlich, dass die aufziehende Krise des „System Putin“ in Berlin nicht ernst genommen wird. Es mehren sich die Anzeichen, dass es Putin trotz aller autoritären Zentralisierung nicht gelungen ist, das russische Regierungssystem effizienter und handlungsfähiger zu gestalten. Es trägt kaum dazu bei, die gewaltigen sozialen Probleme des Landes zu lösen. Das „System Putin“ steuert auf eine Zerreißprobe zu. Es ist selbst zu einem Hindernis der weiteren Modernisierung des Landes geworden.

Problematisch war die Russlandpolitik auch deshalb, weil Deutschland diese zu wenig als gemeinsame EU-Politik betrieb. Gewissermaßen als Vorgriff auf eine neue deutsche Weltgeltung wurde diese Politik überwiegend als deutsch-französisches Großmächteprojekt vorangetrieben. Dies verstärkte die in den neuen EU-Mitgliedsstaaten ohnehin latenten anti-russischen Ressentiments. Es war nicht zu übersehen, dass die russische Führung in letzter Zeit zunehmend versuchte, die Achse mit Paris und Berlin zu instrumentalisieren und Deutschland gegen die neuen EU-Mitgliedsstaaten auszuspielen. Kanzler Schröder hat dies bei mehreren Gelegenheiten in Kauf genommen. Dies kann nicht im deutschen Interesse liegen.

Kiewer Aufbruch und Berliner Zögerlichkeit

Unerwartet hat Ende 2004 die Ukraine für die deutsche Ostpolitik sprunghaft an Bedeutung gewonnen. Viel zu lange hatte die Bundesregierung gebraucht, um die Dramatik der Ereignisse in Kiew zu erkennen. Sie zögerte aus Rücksicht auf Moskau, zugunsten der demokratischen Kräfte in die dramatischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Ukraine einzugreifen. Erst spät nutzte der Bundeskanzler seine persönlichen Beziehungen zum russischen Präsidenten Putin, um diesen von einem gewaltsamen Eingreifen in die Auseinandersetzung um den Ausgang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Dies trug zum (vorläufigen) Einlenken Russlands und zum friedlichen Ausgang des Machtkampfes in Kiew bei.

Für einen Neuanfang der deutsch-ukrainischen Beziehungen ist dies jedoch nicht ausreichend. Berlin fehlt es an Engagement und Empathie zur Ermutigung

des neuen Präsidenten und seiner Politik. Dies haben während und nach der orangenen Wende in Kiew eine Reihe deutscher Politiker durchaus gezeigt. Was bis heute fehlt sind eindeutige Signale der Bundesregierung und insbesondere des Kanzlers. Die Unterstützung Deutschlands für die Ukraine unter demokratischer Führung sollte schon deutlich über das hinausgehen, was bereits mit dem autokratischen Präsidenten Kutschma verabredet worden war. Davon ist wenig zu spüren. Die problematische Vergangenheit einiger führender Vertreter der neuen Macht in Kiew sowie fragwürdige Methoden der neuen Regierung bei der Rückabwicklung früherer Privatisierungen dienen offenbar als Vorwand für die Zurückhaltung in Berlin. Welch prägnanter Kontrast zur euphorischen Russland-Politik!

In der EU hat Deutschland zu wenig getan, um eine europäische Perspektive der originär europäischen Ukraine zu fördern. Vielleicht aus Angst vor dem unweigerlich folgenden Eingeständnis, dass unter diesen Umständen der von der Bundesregierung mit Verve vorangetriebene Beitritt der Türkei zur EU obsolet würde. Wenn Deutschland eine demokratische und selbstständige Ukraine unterstützen will, kann es langfristig eine EU-Beitrittsperspektive nicht ausschließen. Natürlich ist es nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages schwieriger, ein solches Ansinnen durchzusetzen. Dennoch ist diese komplizierte Aufgabe zu bewältigen, wenn sich Deutschland – konsequenterweise gemeinsam mit Polen – als Anwalt der europäischen Ambitionen der Ukraine versteht. Dies könnte im Übrigen auch dazu beitragen, das deutsch-polnische Verhältnis wieder enger zu gestalten.

Ostpolitik – Klammer zwischen Berlin und Warschau?

Der Platz Polens in der deutschen Ostpolitik hat sich in den vergangenen vierzig Jahren grundlegend verändert. In der bundesdeutschen „Neuen Ostpolitik“ der 1960er und 1970er Jahre während des Kalten Krieges stand Moskau im Zentrum aller Bemühungen um „Wandel durch Annäherung“, weil man dort den Schlüssel für alle zu lösenden Fragen sah. Die Beziehungen zu Polen waren wichtig, aber stets nur davon abgeleitet. Dies führte z.B. zu dramatischen Fehleinschätzungen der Regierung Schmidt/Genscher hinsichtlich des gesellschaftlichen Aufgebührens in Polen während der Jahre 1980/81.

Heute ist die Republik Polen als Mitglied der NATO und der EU ein doppelter Alliiertes Deutschlands. Das Land spielt eine bedeutende Rolle bei der post-sozialistischen Stabilisierung Ostmitteleuropas. Bei der notwendigen Stabilisierung der „neuen Nachbarn“ der erweiterten EU im Osten Europas kann es in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle spielen. Dies betrifft vor allem die Ukraine und Belarus.

Paradoxerweise befinden sich die deutsch-polnischen Beziehungen seit einigen Jahren in einer Krise. Die bilaterale Interessengemeinschaft in ihrer althergebrachten Form hat sich „weitgehend erschöpft“ (Klaus Bachmann). Bislang

ist nichts Neues an ihre Stelle getreten. Dabei ist das Fundament gemeinsamer Interessen und Werte so umfangreich wie nie in der gemeinsamen Geschichte. Diese sind vor allem durch die gemeinsame mitteleuropäische Lage, die zunehmende Verflechtung der Volkswirtschaften, das gemeinsame Grenzgebiet, die Existenz einer eigenen Minderheit im jeweiligen Partnerland sowie die wachsenden gesellschaftlichen Kontakte zwischen den Bürgern beider Länder geprägt. Unterschiedliche Interessen betreffen z. B. die Vorstellungen der weiteren Entwicklung der europäischen Integration wie die institutionelle Struktur der Union, ihre Außen- und Sicherheitspolitik, die Agrarpolitik und nicht zuletzt die künftige EU-Haushaltspolitik, die erstmals zum Gegenstand der deutsch-polnischen Beziehungen geworden ist.

Auch die Ostpolitik war in den letzten Jahren ein Zankapfel zwischen Berlin und Warschau. Dies betraf unterschiedliche Aspekte der Beziehungen zu Russland, zur Ukraine und zu Belarus. Dabei hat die Ostpolitik das Zeug, zu einer Klammer der bilateralen Beziehungen zu werden. Polen bringt wichtige Erfahrungen und Kenntnisse über Osteuropa ein. Die Notwendigkeit, eine gemeinsame EU-Politik zur Förderung der Demokratie in diesem Raum zu betreiben, wächst ebenfalls. Im deutschen Interesse liegt es allerdings, dieser engeren Abstimmung ostpolitischer Aktivitäten jeglichen antirussischen Impetus zu nehmen. Gelingt dies, könnte die EU-Ostpolitik zu einer neuen Klammer zwischen Berlin und Warschau werden.

Folgt der Osterweiterung die Abschottung?

Die rot-grüne Bundesregierung trug nach 2004 dazu bei, die Dividende der von ihr selbst betriebenen EU-Osterweiterungspolitik zu verspielen. Statt die selbst mitinitiierte erfolgreichen Reformen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten aufzugreifen und für die deutsche Reformdebatte positiv zu nutzen, werden diese durch populistische Abschottungsrhetorik und -praxis ersetzt. Es wurde versäumt, sich konzeptionell auf vorhersehbare Konflikte nach der Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten in die EU vorzubereiten (z.B. der intensivierter Wettbewerb der Steuersysteme oder der Druck auf die Sozialsysteme der bisherigen Mitgliedsstaaten).

Diese inkonsequente Politik drängte die vorhandenen Ängste vieler Deutscher vor den Folgen der EU-Osterweiterung nicht zurück, sondern schürte diese weiter. Dies ist innenpolitisch problematisch, weil es notwendige Reformen nicht initiiert, sondern eher blockiert; Außenpolitisch unterminiert dieses Vorgehen die Glaubwürdigkeit Deutschlands in den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Unter diesen Bedingungen verspielte Berlin seinen Vertrauensvorschuss bereits teilweise wieder, den es in diesen Staaten als engagierter Anwalt für deren Beitritt erworben hatte. Das gilt vor allem für Polen, aber auch für die baltischen Staaten.

Die anstehende Debatte über die künftige Weiterführung der EU-Integration könnte dazu genutzt werden, dieses Defizit wieder abzubauen. Voraussetzung dafür ist eine Verständigung über ein tragfähiges europäisches Gesellschaftsmodell, das den Erfordernissen aller EU-Mitgliedsstaaten Rechnung trägt. Dies ist für Deutschland sowohl eine innenpolitische als auch eine genuin außenpolitische Herausforderung der unmittelbaren Zukunft.

Kein Interesse an „kleinen“ Staaten?

Die Kehrseite der Großmächteorientierung rot-grüner Ostpolitik war die Vernachlässigung der „kleinen“ Staaten, die die Mehrzahl der ostmittel- und osteuropäischen Staaten bilden. Diese Staaten spielten in der deutschen Ostpolitik unter Rot-Grün keine Rolle. Die deutsche Ostpolitik fokussierte sich nahezu ausschließlich auf Russland und Polen. Berlin hat es unter Kanzler Schröder verlernt, als Anwalt der „kleinen“ Staaten zu agieren. Auffallend war zum Beispiel, dass der Kanzler nach 2002 keinen der baltischen Staaten besucht hat. Diese sich sehr dynamisch entwickelnden Länder befinden sich in einem merkwürdigen Windschatten deutscher Außenpolitik. Auch das Problem der Demokratisierung des Regimes von Lukaschenko in Belarus wird in Berlin wenig beachtet.

Ostpolitischen Kompass justieren

Die deutsche Ostpolitik steht vor vielfältigen Herausforderungen. Um diese zu bestehen, sollte sie stärker mit der gemeinsamen EU-Ostpolitik verflochten werden. Bei der anstehenden Debatte über die weitere Entwicklung der europäischen Integration und die Finalität Europas wird auch über Osteuropa zu diskutieren sein. Dies geht aber nur, wenn alle Akteure in der Diskussion zur Wort kommen können. Dazu bedarf es aber einem intensiven Interesse Deutschlands an allen Staaten dieses Raumes.

Die Perspektive Osteuropas ist offen. Wird sich dabei die Tendenz zur Bildung eines einzigen europäischen Integrationsraumes fortsetzen, in dem letztendlich alle Staaten des Raumes ihren Platz als Mitglied finden werden? Oder wird die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass zwei europäische Integrationsräume mit den Zentren Brüssel und Moskau entstehen, wobei die politische Kunst auf beiden Seiten in deren positiver Verknüpfung besteht und die betroffenen Staaten nicht gezwungen werden, zwischen Brüssel und Moskau zu wählen? Die aktuelle Krise der Europäischen Union birgt vielleicht die Chance, über solche Alternativen wenigstens nachzudenken.

Osteuropa bleibt auch in den nächsten Jahren ein politisch instabiler Raum. Deutschland und die anderen EU-Mitgliedsstaaten müssen sich auf sehr unterschiedliche Entwicklungen in Osteuropa einstellen: Weitere Staaten könnten sich dem Weg der Modernisierung durch Europäisierung anschließen, der bereits

begonnene demokratische Aufbruch einiger Staaten könnte in die Krise geraten oder scheitern, die autoritären Regime (auch das russische) könnten in ernsthafte Krisen geraten.

Wenn im Mittelpunkt der deutschen Ostpolitik die Stabilisierung des osteuropäischen Raumes steht, darf Stabilität nicht länger auf Kosten der Demokratie erkauf werden. Die Politik, lieber auf effiziente Autokratien statt auf neue Demokratien zu setzen, muss ein Ende haben. Stabilität kann auch im postsowjetischen Raum nur als Produkt der gleichberechtigten Kooperation demokratischer Staaten entstehen.

Um dies zu erreichen, wird es nötig sein, der Förderung demokratischer Strukturen in den bilateralen Beziehungen größeren Raum einzuräumen. Dies ginge am Besten, wenn sich Deutschland bemüht, seine Ostpolitik stärker in eine gemeinsame EU-Ostpolitik zu integrieren. Diese kann nicht nur als Produkt der europäischen Großmächte verstanden werden, sondern als gemeinsame Anstrengung aller Staaten der Region. Das Ziel sollte lauten: Mehr Stabilität durch mehr Demokratie. Dabei kann Deutschland seine guten Beziehungen mit Russland durchaus als Kapital mit einbringen.

Der Ausgang der Bundestagswahlen könnte zu einem neuen Kapitel der deutschen Ostpolitik führen. Zwar ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Zusammensetzung einer neuen Regierungskoalition noch völlig offen. Fest steht jedoch, dass die rot-grüne Außenpolitik im September 2005 ihr Ende gefunden hat. Eine neue politische Konstellation mit neuen Akteuren wird die deutsche Außenpolitik der nächsten Jahre prägen. Neben Kontinuität sollte diese Politik vom Wandel im Stil und im Inhalt geprägt werden. Letzteres wäre auch in der deutschen Ostpolitik nötig. Deren Kompass sollte neu justiert werden. Das Leitmotiv dafür könnte lauten: Netzwerke für Demokratie statt Achsen mit Autokraten.

Abgeschlossen am 30. September 2005

Potsdamer Textbücher

PTB 2/8

Das moderne Polen

Wissenschaftler aus Polen und Deutschland bieten eine exzellente Analyse über die Entwicklung von Demokratie, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Außenpolitik in Polen von Anfang der 90er bis heute.

Bestellungen beim Universitätsverlag Potsdam
ubpub@rz.uni-potsdam.de